

H A U S H A L T S R E D E
für die Freie Wähler Fraktion,
Fraktionsvorsitzender Ermilio Verrengia,
anlässlich der Verabschiedung von Haushaltssatzung und
Haushaltsplan des Landkreises Zollernalb für das Jahr 2026

Sperrfrist: 08.12.2025, 18:00 Uhr

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Landrat Pauli,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistages,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir leben in einer Zeit, die von großen Umbrüchen geprägt ist. Globale Krisen, Extremwetter, geopolitische Spannungen und wirtschaftliche Unsicherheiten wirken sich bis in unsere Region aus. Steigende Preise, Lieferengpässe, Inflation und zunehmende soziale Herausforderungen treffen jede und jeden von uns.

Doch gerade in diesen Zeiten wird die Bedeutung unserer Kommunen besonders sichtbar: Hier spürt man, ob Daseinsvorsorge, Infrastruktur und soziale Sicherheit tatsächlich funktionieren. Hier erleben unsere Bürgerinnen und Bürger, ob Politik greifbar ist und ihren Alltag stärkt.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich, wie wichtig es ist, verantwortungsbewusst, vorausschauend und solidarisch zu handeln. Unser Haushalt ist mehr als ein Zahlenwerk, er ist ein Versprechen: ein Versprechen an die Menschen im Zollernalbkreis, dass wir ihre Lebensqualität sichern, dass wir ihre Zukunft gestalten und besonders auch dann, wenn die Rahmenbedingungen schwieriger werden.

In dieser Verantwortung gilt es, Weitblick mit Pragmatismus zu verbinden, Solidarität mit Effizienz und Vision mit Machbarkeit. Nur so können wir unsere Region stark machen und das für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger heute und für die Generationen von morgen.

Wir von den Freien Wählern wollen folgende Punkte hervorheben:

1. Unsere Kreisumlage und die Finanzen

Es ist kein Tabu, sondern bitter nötige Realität: Unsere Sozialausgaben steigen weiter und das aus guten Gründen: Alter, Pflegebedarf, Jugendhilfe, Integration, soziale Sicherung. Diese Leistungen sind nicht Luxus, sie sind das Fundament unseres sozialen Zusammenhalts. Ihre Finanzierung ist deshalb richtig und unverzichtbar.

Gleichzeitig beobachten wir, dass die Kreisverwaltung die Kreisumlage oft direkt mit den steigenden Sozialausgaben verknüpft. Auf den ersten Blick erscheint das nachvollziehbar: Steigende Kosten sollen auf die Kommunen verteilt werden. Doch diese Sicht ist leider zu eng gefasst. Sozialausgaben sind langfristig notwendige Investitionen in das Gemeinwohl und dürfen nicht automatisch als Hebel für Kreisumlagenerhöhungen dienen.

Wir von der Freien Wähler Fraktion fordern daher: Die Verwaltung sollte ihren Fokus auf alle wesentlichen Positionen des Kreishaushalts lenken und nicht nur auf die Sozialausgaben. Nur so kann die Kreisumlage gerecht und nachhaltig gestaltet werden, ohne einzelne Gemeinden übermäßig zu belasten.

Für das Haushaltsjahr 2026 gibt es keine Erhöhung der Kreisumlage. Man könnte sich eigentlich bei unserem Landrat bedanken. Ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung zeigt jedoch, dass künftige Anpassungen weiterhin vorgesehen sind, um u. a. steigende Sozialausgaben abzusichern.

Positiv ist: Trotz der „Nullrunde“ profitiert der Kreis von einer steigenden Steuerkraftsumme, die über 9 Millionen Euro zusätzliche Einnahmen in die an für sich schon gut gefüllte Kreiskasse bringt. Diese Mittel verschaffen Handlungsspielräume und ermöglichen Investitionen. Jedoch sind die Kommunen, trotz dieser „Nullrunde“, zusätzlich belastet.

Doch wir dürfen bei der Finanzierung nicht reflexartig auf die Kreisumlage setzen. Genau davor warnt auch der Deutsche Landkreistag: Steigende Sozialausgaben, steigende Personalkosten und wachsender Sachaufwand belasten die Kreishaushalte massiv, während die Landkreise keine eigene Steuerhoheit besitzen. Ein automatischer Umlagehebel ist daher weder fair noch nachhaltig.

Dieses Problem erleben nicht nur wir, sondern auch andere Kreise ziehen Konsequenzen. Selbst eine Aufstockung des kommunalen Finanzausgleichs reicht nicht aus, um die Soziallasten und strukturellen Defizite der Kreise zu beheben.

Deshalb ist unsere Forderung klar: Sozialausgaben sind wichtig, richtig und notwendig aber ihre Finanzierung darf nicht automatisch auf die Gemeinden abgewälzt werden. Sie muss solidarisch getragen werden von Kreis und Land gemeinsam, durch Fördermittel, Rücklagen und eine faire Beteiligung des Bundes. Nur so sichern wir soziale Verantwortung und kommunale Handlungsfähigkeit zugleich.

Wir wollen Stabilität, Gerechtigkeit und Verlässlichkeit. Wir stehen zu unserer sozialen Verantwortung und nutzen gleichzeitig die Spielräume, die uns Steigerungen der Steuerkraft ermöglichen, um notwendige Investitionen zu finanzieren, ohne die Kommunen zusätzlich zu belasten.

Wir bitten daher die Verwaltung eine Finanzstrategie dahingehend zu erarbeiten, welche das Gesamtvolumen mit all seinen Einnahmen und Ausgaben in den Fokus nimmt und so die Kreisumlage als allerletzten Stellhebel anwendet.

2. Bundesteilhabegesetz und der Verwaltungsaufwand

Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) stellt unsere Verwaltung vor enorme Herausforderungen. Es bindet erhebliche personelle und zeitliche Ressourcen, die sonst für die direkte Unterstützung unserer Bürgerinnen und Bürger eingesetzt werden könnten. Jedes Antragsverfahren, jede Dokumentation und jede gesetzliche Vorgabe erzeugt zusätzlichen Verwaltungsaufwand.

Die Umsetzung des BTHG ist bürokratisch so komplex, dass wir mittlerweile von einem bürokratischen Monster sprechen müssen. Dieses Monster droht, die Flexibilität unserer Verwaltung einzuschränken, Entscheidungsprozesse zu verlangsamen und die unmittelbare Hilfe für Menschen mit Beeinträchtigungen und Bedarfe zu verzögern. Viele unserer Mitarbeitenden berichten, dass die Vielzahl der Vorschriften und Dokumentationspflichten die eigentliche Arbeit am Menschen immer stärker in den Hintergrund drängt.

Die Folgen sind spürbar: Wartezeiten verlängern sich, individuelle Lösungen werden schwieriger, und die dringend benötigte Unterstützung kommt nicht immer zeitnah bei den Betroffenen an. Gleichzeitig steigen die Personalkosten, weil mehr Fachkräfte zur Bewältigung der administrativen Aufgaben benötigt werden.

Wir müssen daher dringend prüfen, wie Prozesse vereinfachter, digitaler und effizienter gestaltet werden können, ohne die Qualität der Leistungen zu mindern. Das Ziel muss klar sein: Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger hier in unserem Kreis stehen im Mittelpunkt, nicht die Aktenberge. Wir brauchen eine Verwaltung, die handlungsfähig bleibt, flexibel reagiert und den Bürgerinnen und Bürgern schnelle, passgenaue Lösungen bietet sowie unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlastet.

Gleichzeitig ist es Aufgabe des Kreises, die Politik in Bund und Land auf die praktischen Probleme des BTHG aufmerksam zu machen. Reformen müssen auf die Realität vor Ort zugeschnitten sein. Ein Gesetz, das nur auf dem Papier funktioniert, erfüllt seinen Zweck in keinsten Weise und es darf nicht dazu führen, dass die eigentliche soziale Verantwortung unter einer überbordenden Bürokratie begraben wird.

Die Verwaltung wird gebeten hier eine Prozessoptimierung gemeinsam mit den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erarbeiten.

3. Steigende Personalausgaben

Die Personalausgaben unseres Landkreises sind kontinuierlich gestiegen und stellen eine der zentralen Herausforderungen unseres Haushalts dar. Qualifizierte Fachkräfte sind unverzichtbar, sei es in der Verwaltung, in unseren Schulen, bei den Rettungsdiensten oder in unseren sozialen Einrichtungen. Gleichzeitig nimmt der Wettbewerb um diese Fachkräfte zu, was Gehalts- und Arbeitsplatzanpassungen zwingend erforderlich macht. Es sollte jedoch auch bedacht werden, dass hier der Kreis nicht in Konkurrenz zu den Kommunen auftreten sollte.

Zugleich steigen die Anforderungen an unsere Verwaltung stetig: die Digitalisierung schreitet voran, die Rechtslagen und Vorschriften werden komplexer, Bürgeranliegen nehmen quantitativ und qualitativ zu. Jedes neue Gesetz, jede neue Richtlinie bindet zusätzliche Ressourcen und erfordert gleichzeitig Fachwissen, Schulungen und vor allem Zeit.

Die Kreisverwaltung verfolgt aktuell das Ziel, wie vom Kreistag gefordert, 30 Stellen zu reduzieren, also die magische Grenze von 700 zu erreichen. Die Intension der Verwaltung ist auch im vorliegenden Stellenplan ersichtlich. Wir von den Freien Wählern erkennen dies positiv an, halten aber eine jährliche Einsparung von 5 % der Gesamtausgaben für ein realistisches, nachhaltiges und mittleres Ziel. So können die Kosten gesenkt werden, ohne die Leistungsfähigkeit unserer Verwaltung zu gefährden oder den Druck auf die verbleibenden Mitarbeitenden unverhältnismäßig zu erhöhen. Gleichzeitig wollen wir mit diesem Ziel etwas mehr Bewegung und den klaren Willen in die Personalkostenkonsolidierung reinbringen.

Um dies zu erreichen, ist ein ganzheitliches Personalmanagement erforderlich: Wir müssen Arbeitsprozesse prüfen, effizienter gestalten und digitalisieren, gleichzeitig in Weiterbildung investieren und die Attraktivität der Arbeitsplätze erhalten. Nur so können wir langfristig Personalressourcen und vor allem die Gesundheit unserer Beschäftigten schonen, Effizienz steigern und die Qualität der Dienstleistungen sichern.

Wir betonen dabei: Einsparungen dürfen nicht auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger gehen und nicht auf Lasten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es geht nicht um eine reine Stellenreduktion, sondern um ein kluges und nachhaltiges Management von Personalressourcen, das sowohl die Kosten im Blick behält als auch die Leistungsfähigkeit und die Flexibilität unserer Verwaltung bewahrt.

Die Verwaltung wird gebeten dem Kreistag einen Bericht der bisherigen erreichten Prozessoptimierungen zu präsentieren und welche weitere Maßnahmen in Planungen sind. Gleichzeitig wird die Verwaltung gebeten eine mögliche Konsolidierung der Personalkosten mit 5 % Reduzierung pro Haushaltsjahr für die kommenden 4 Jahre zu erarbeiten.

4. Verwaltungszentralisierung

Ein Thema, das uns in den kommenden Jahren weiter begleiten wird, ist die Frage der Verwaltungszentralisierung im Zollernalbkreis. Die Verwaltung arbeitet seit einiger Zeit daran, die derzeit sehr kleinteilige Struktur aus zahlreichen, über den Landkreis verteilten Gebäuden zu bündeln.

Die Gründe dafür längst überfällig: Die Unterhaltung von sechzehn Bürogebäuden verursacht erhebliche laufende Kosten. Weniger Standorte bedeuten geringere Energie- und Bewirtschaftungskosten, modernere Arbeitsbedingungen und in vielen Bereichen auch effizientere Abläufe. Das ist richtig und notwendig, gerade in Zeiten, in denen wir alle gefordert sind, verantwortungsvoll mit öffentlichen Mitteln umzugehen.

Gleichzeitig müssen wir aber auch beachten, was eine Verwaltung im Kern ausmacht: Sie ist der unmittelbare Kontaktpunkt des Staates zu den Menschen. Bürgernähe ist kein romantischer Begriff, sondern ein zentraler Baustein funktionierender Verwaltung.

In einem Flächenlandkreis wie dem unseren, dürfen wir daher nicht nur über Quadratmeter und jährliche Betriebskosten sprechen. Wir müssen die Erreichbarkeit unserer Einrichtungen für die Bürgerinnen und Bürger mit bedenken, für ältere Menschen, für Menschen mit eingeschränkter Mobilität, für alle, die auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind. Wenn wir Verwaltung bündeln, müssen wir zugleich sicherstellen, dass niemand den Anschluss verlieren wird.

Hinzu kommt: Die digitale Verwaltung ist kein Luxus mehr, sondern eine zwingende Voraussetzung für jede Form der Zentralisierung. Wenn Wege länger werden, müssen digitale Zugänge kürzer werden. Das heißt: verständlicher, schneller, verlässlicher. Zentralisierung ohne Digitalisierung wäre sicherlich der falsche Weg.

Zentralisierung wird hier perspektivisch Entlastung bringen, wenn sie durchdacht, moderat und realistisch umgesetzt wird. Aber sie ist kein Selbstzweck. Und sie darf nicht dazu führen, dass sich kleinere Städte und Gemeinden abgehängt fühlen. Verwaltung lebt vom Vertrauen der Menschen. Dieses Vertrauen entsteht dort, wo Staat erreichbar, ansprechbar und nahbar bleibt.

Deshalb sagen wir: Ja zu einer modernen, effizienteren Verwaltung aber auf Grundlage eines ausgewogenen, transparenten und bürgerfreundlichen Konzeptes. Genau diese Balance braucht unser Zollernalbkreis, wenn wir ihn zukunftsfähig aufstellen wollen.

Die Verwaltung wird gebeten, soweit die Machbarkeitsstudie heute so beschlossen wird, die Rahmenbedingungen ebenfalls in den Fokus zu nehmen und ja, wir halten weiterhin an unserem fraktionsübergreifenden Antrag fest: Wir benötigen eine mutige, infrastrukturelle Entscheidung am Mutterhaus, die für alle als Lösung dient und dass für viele Jahrzehnte.

5. Die Regionalstadtbahn

Die Regionalstadtbahn bleibt eines der wichtigsten Verkehrs- und Strukturprojekte unserer Region. Für den Zollernalbkreis besitzt sie eine besondere strategische Bedeutung, denn wir können es uns nicht mehr erlauben, bei der überregionalen Entwicklung abgehängt zu werden und letztendlich auf dem Abstellgleis zu landen.

Unsere Pendlerinnen und Pendler brauchen auch künftig verlässliche und leistungsfähige Verbindungen nach Tübingen, Reutlingen und Stuttgart. Gerade für unseren Landkreis, der stark vom täglichen Auspendeln geprägt ist, bedeutet die Regionalstadtbahn weit mehr als nur ein weiteres Verkehrsprojekt: Sie ist Standortfaktor, Wirtschaftsfaktor und Attraktivitätsfaktor und für viele Bürgerinnen und Bürger oftmals die einzige Möglichkeit, ihren Arbeitsplatz in diesen Zentren zu erreichen.

Die Regionalstadtbahn wird langfristig Vorteile schaffen: Sie verbessert die Mobilität, reduziert Verkehrsbelastungen, unterstützt die Verkehrswende und stärkt die Attraktivität des gesamten Wirtschaftsraums Neckar-Alb.

Wenn wir leistungsfähige Achsen zum Oberzentrum erhalten wollen, dann müssen wir uns an dieser Entwicklung beteiligen und wir müssen auch dafür kämpfen.

Für uns Freie Wähler ist es von Bedeutung: Wir stehen zur Regionalstadtbahn. Aber wir erwarten eine seriöse, transparente und verantwortungsvolle Finanzplanung. Wir brauchen eine klare Aufgaben- und Kostenverteilung, belastbare Zusagen des Landes und insbesondere der Deutschen Bahn, eine konsequente Kostenkontrolle und regelmäßige Berichte über den Projektfortschritt. Der Zollernalbkreis ist bereit, seinen Beitrag zu leisten aber er darf dabei nicht überfordert werden.

Die Elektrifizierung der Zollernbahn ist das zentrale Infrastrukturprojekt für unseren Landkreis und zugleich das wichtigste Modul der Regionalstadtbahn. Seit Jahren wird uns zugesichert, dass dieses Projekt vorankommt. Doch nun müssen wir feststellen:

Die Realisierung wird vermutlich erneut verschoben und das immer weiter hinein in die zweite Hälfte der 2030er Jahre, wenn nicht sogar in die 2040er Jahre. Wir von der Freien-Wähler-Fraktion lehnen weitere Verzögerungen entschieden ab. Wir fordern den Zweckverband sowie die Deutsche Bahn mit Nachdruck auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, damit die Elektrifizierung deutlich schneller umgesetzt wird.

Hinzu kommt: Im Zuge der Elektrifizierungsmaßnahmen ist inzwischen von längeren Sperrungen der Bahnstrecke die Rede. Das bedeutet, dass unsere wichtigsten Pendler- und Wirtschaftsachsen zeitweise erheblich beeinträchtigt werden könnten. Umso dringlicher ist es, den vierspurigen Ausbau der B27, insbesondere zwischen Bodelshausen und Ofterdingen/Nehren sowie den Schindhautunnel beziehungsweise die Tübinger Umfahrung endlich mit Hochdruck voranzutreiben.

Eine temporär gesperrte Schiene, kombiniert mit der ohnehin angespannten Verkehrssituation auf der B27, würde unseren Zollernalbkreis faktisch von der Region Neckar und der Metropolregion Stuttgart abhängen. Das wäre ein infrastruktureller und wirtschaftlicher Rückschritt, den wir uns keinesfalls leisten dürfen. Wir müssen sicherstellen, dass der Zollernalbkreis in den 2030er-Jahren oder sogar 2040er-Jahren nicht abgehängt, sondern gestärkt wird, durch zuverlässige, moderne und leistungsfähige Verkehrswege.

Doch eines muss offen angesprochen werden: Das System Deutsche Bahn funktioniert in seiner derzeitigen Form schlichtweg nicht. Die Zollern-Alb-Bahn ist das Rückgrat der Regionalstadtbahn, ohne sie ist das Gesamtprojekt nicht umsetzbar. Deshalb erwarten wir, dass die Deutsche Bahn endlich Verantwortung übernimmt, die Planung der Regionalstadtbahn aktiv führt und den Ausbau mit Herzblut und Beschleunigung vorantreibt. Wir brauchen keine fadenscheinigen Forderungen mehr, keine zusätzlichen Verzögerungsgründe, keine weiteren Ausflüchte. Wir brauchen konkrete, sichtbare Fortschritte.

Die Deutsche Bahn muss sich ernsthaft die Frage stellen, was die Menschen in dieser Region benötigen und darf sich nicht länger primär mit sich selbst beschäftigen. Der Zeitplan steht und er muss eingehalten werden. Keine weiteren Verschiebungen. Die Bahn muss zeigen, dass sie es ernst meint und vor allem, dass sie die Menschen ernst nimmt, die seit Jahren auf Verbesserungen warten.

Dass wir nach so vielen Ankündigungen noch immer auf echte Fortschritte warten, ist ein Armutszeugnis. Die Geduld der Bürgerinnen und Bürger ist aufgebraucht. Der Zollernalbkreis steht zu diesem Projekt und erfüllt seine Aufgaben, doch sichtbare Resultate bleiben aus. Und wenn sich weiterhin nichts bewegt, dann stellt sich zwangsläufig die Frage nach der Glaubwürdigkeit des gesamten Vorhabens.

Die Deutsche Bahn hat die Strecken im Kreis über Jahrzehnte vernachlässigt. Längst hätte sie in eigener Zuständigkeit Maßnahmen einleiten können. Stattdessen erleben wir, wie Land, Landkreise und Kommunen an einem Strang ziehen, während die Deutsche Bahn den Engagierten den Rücken zukehrt. Das Vertrauen in die Bahn als Partner leidet zunehmend.

Wir erwarten daher, dass die Deutsche Bahn jetzt Verantwortung übernimmt und das verbindlich und ohne weitere Verzögerungen. Die Region braucht eine verlässliche Bahn. Die Regionalstadtbahn braucht eine handlungsfähige Bahn. Und die Menschen im Zollernalbkreis haben ein Recht darauf, dass Versprechen eingehalten werden und dieses Zukunftsprojekt endlich sichtbar vorankommt.

6. Fazit zum Haushaltsplan 2026 ff.

Die Freien Wähler stehen für eine verantwortungsbewusste Haushaltsführung und unterstützen die Maßnahmen, die auf eine Konsolidierung und zukunftsfähiges Handeln ausgerichtet ist. Wenn wir den Haushalt 2026 als Ganzes betrachten, dann wird eines deutlich:

Wir stehen nicht vor einer Krise, sondern wir stehen vor einer Phase der Neuordnung.

Unsere Aufgaben werden größer, unsere Verantwortung wird komplexer und unsere finanziellen Spielräume enger. Aber genau in solchen Zeiten entscheidet sich, ob ein Landkreis nur verwaltet oder gestaltet.

Wenn man auf das Jahr 2025 zurückblickt und auf das Jahr 2026 und die Fortfolgenden schaut, dann bewegen wir eine große Anzahl an Themen.

All das zeigt: Es gibt keine einfache Stellschraube mehr.

Wer glaubt, man könne die Kreisumlage einzig an den Sozialausgaben festmachen, übersieht das Wesentliche:

Ein Landkreis funktioniert nur im Zusammenspiel seiner Aufgaben wie z. B. Gesundheit, Mobilität, Bildung, Sicherheit, Soziales, Verwaltung, Wirtschaft.

Und jede dieser Säulen verdient Aufmerksamkeit und Augenmaß.

Die Nullrunde bei der Kreisumlage 2026 ist richtig und fair. Sie nimmt Druck von den Gemeinden. Und trotzdem nimmt der Kreis durch die gestiegene Steuerkraft über neun Millionen Euro mehr ein. Das verschafft uns Luft aber keine Entwarnung.

Wir müssen weiterhin konsequent Prioritäten setzen: bei Investitionen, beim Personal, bei Strukturentscheidungen. Wir müssen Bürokratieabläufe optimieren und eindämmen, Tempo erhöhen und Digitalisierung endlich zu einem echten Entlastungsfaktor machen.

Und wir müssen die großen Projekte, vom Klinikum bis zur Mobilität, realistisch und transparent und mit Verlässlichkeit vorantreiben.

Die Richtung der Freien Wähler Fraktion ist deutlich:

- Wir wollen einen verlässlichen Kreis.
- Wir wollen tragfähige Finanzen.
- Wir wollen besonders handlungsfähige Kommunen.
- Und wir wollen, dass der Zollernalbkreis im Wettbewerb der Regionen nicht zurückbleibt, sondern vorangeht.

Wir sind daher überzeugt: Wenn wir die nächsten Jahre nicht nur verwalten, sondern gestalten, wenn wir klug investieren und gleichzeitig konsolidierend handeln, wenn wir uns nicht auf eine Kennzahl versteifen, sondern das Ganze im Blick behalten, dann wird der Zollernalbkreis aus dieser Phase stärker hervorgehen, als er hineingegangen ist.

Dieser Haushalt ist kein Endpunkt. Er ist der Startpunkt für eine neue Balance zwischen Vernunft, Verantwortung und Zukunftsfähigkeit.

Packen wir es an.

Die Fraktion der Freien Wähler im Zollernalbkreis gibt ihre Zustimmung zum Haushaltsplan 2026.

Auch dem Wirtschaftsplan 2026 des Eigenbetriebs „Immobilien der Kreiskliniken“ erteilen wir unsere Zustimmung.

7. Danke

Zunächst möchte ich mich bedanken, bei Ihnen, Herr Landrat Pauli, bei Ihnen, Herr Erster Landesbeamter Frankenberg, sowie bei den Dezernentinnen und Dezernenten und der Geschäftsstelle des Kreistags. Die Zusammenarbeit war offen, konstruktiv und stets von gegenseitigem Vertrauen und Wertschätzung geprägt.

Ein besonderer Dank gilt der Kämmerei. Und hier vor allem unserem Kreiskämmerer Gerhard Beiter, der mit diesem Haushalt seine Premiere gegeben hat und das mit großer Sorgfalt, Übersicht und bemerkenswerter Ruhe. Ihren ersten Haushalt haben Sie mit Bravour gemeistert. Danke auch für Ihre Geduld, Herr Beiter, wenn wieder einmal zahlreiche Rückfragen bei Ihnen gelandet sind.

Mein Dank gilt ebenso der gesamten Kreisverwaltung. Tag für Tag wird hier anspruchsvolle und oft unsichtbare Arbeit geleistet, die für das Funktionieren unseres Landkreises unverzichtbar ist. Gleiches gilt für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer kreiseigenen Einrichtungen, Ihr Engagement trägt unseren Landkreis.

Ein herzliches Dankeschön geht an all jene, die sich in unserer Heimat ehrenamtlich einbringen, in Vereinen, Verbänden, Organisationen, Kirchen, bei unseren Feuerwehren und Rettungsdiensten. Ohne dieses enorme freiwillige Engagement würde das gesellschaftliche Miteinander nicht in dieser Stärke funktionieren.

Danken möchte ich auch den Unternehmen und wirtschaftlichen Akteuren im Landkreis. Sie schaffen Arbeitsplätze, übernehmen Verantwortung, engagieren sich für die Region und leisten mit ihren Steuerzahlungen einen entscheidenden Beitrag zu unserer gemeinsamen Handlungsfähigkeit.

Schließlich danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen im Kreistag für die stets kollegiale und faire Zusammenarbeit.

Im Namen der Fraktion der Freien Wähler und ganz persönlich wünsche ich Ihnen eine besinnliche Adventszeit, erholsame Feiertage und einen guten Start in das Jahr 2026.